Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Lichtenstein, Hüttlitz, Tirbach, Rüsdorf, St. Egidien, Heinersdorf, Gersdorf, Hermsdorf, Hermannsdorf, Müllen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Bernsdorf, Thum, Wüstenbrand, Rabenstein und Grüna

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk — 69. Jahrgang.

Nr. 246. — Hauptinsertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk. — Donnerstag, den 23. Oktober — Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk. — 1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- u. Festtags, nachm. für den folgenden Tag. — Vierteljährl. 3,60 Mk., durch die Post bezogen 4,50 Mk. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Ebert-Straße 5b, alle Poststationen, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 25, für auswärtige Besteller mit 30 Pfg. berechnet. — Reklamezeile 60 Pfg. — Im amtl. Teile kostet die zweispaltige Zeile 75 Pfg., für Auswärtige 90 Pfg. — Fernspr.-Anschluß Nr. 7. — Tel.-Adr. Tageblatt.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Reinigung bleiben am

Sonnabend, den 25. Oktober 1919

die Gemeinde-, Spar- und Girokasse, sowie die Steuereinnahme und am

Montag, den 27. Oktober 1919,

die Registratur, das Standesamt, das Lebensmittelamt, sowie das Polizei- und Einwohnermeldeamt

geschlossen.

Das Standesamt ist am Montag, den 27. Oktober 1919, vormittags von 8—9 Uhr für dringliche Fälle geöffnet.

Hohndorf (Bez. Chemnitz), am 21. Oktober 1919.

Der Gemeindevorstand.

Bezirksverband.
K.-L.-Nr.: 1321. Le.

Zuckerkarten der Reihe 14.

Zur Durchführung der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 18. Oktober 1919 (Sächsische Staatszeitung vom 20. 10. 1919) wird bestimmt, daß **Ergänzungszuckerkarten** mit Gültigkeitsdauer vom 15.—31. Okt. 1919, die von den Ortsbehörden erst nach dem 20. Oktober 1919 an die in obiger Verordnung genannten Personengruppen zur Ausgabe gelangt sind, von den Zuckerhändlern **nur** beliefert werden dürfen, wenn sie außer den Dienststempel des Kommunalverbandes auch den **Stempel** der **Ortsbehörde** und den von ihr **mit roter Tinte** aufzubringenden Vermerk **„Sofort zu beliefern"** tragen.

Die Gemeinden wollen bei Ausstellung von Ergänzungszuckerkarten entsprechend verfahren.

Zuckerhändler, die die obige Bestimmung nicht genau beachten, haben den Ausschluß vom Zuckerhandel wegen Unzuverlässigkeit zu gewärtigen.

Glauchau, am 21. Oktober 1919.

Freiherr v. Welck, Amtshauptmann.

Kurze wichtige Nachrichten.

* „Temps", „Echo de Paris" und „Homme libre" schreiben, daß die Liste der auszuliefernden Deutschen nach Ueberreichung des Friedensvertrages überreicht würde. Bis jetzt stehen auf der Liste 600 Namen, es sollen der ersten Liste weitere folgen.

* Wie das „Berner Tagblatt" meldet, verdichten sich in Washington die Gerüchte, daß der Präsidentschaftswechsel in den Vereinigten Staaten nahe bevorstehe. Es wird offiziell die schwere Erkrankung Wilsons zugegeben, welche in absehbarer Zeit doch einen Wechsel notwendig mache.

* In der Nationalversammlung wurde gestern auf eine Anfrage von Frau Weber (Ztr.) wegen Notstandsmaßnahmen in der Beschaffung von Kleidungs- und Wäschestücken für kinderreiche Familien geantwortet, daß beträchtliche Mengen jetzt bereitgestellt worden wären. Es folgte die zweite Beratung des Haushalts bei dem Abschnitt Reichsschatzministerium.

* Die Nachricht von der Einnahme Petersburgs und Kronstadts ist wie wir schon vermuteten, verfrüht. Die Bolschewisten scheinen alle Anstrengungen zu machen, um des moralischen Eindrucks wegen die frühere Hauptstadt zu halten. Judenitsch behauptet zwar, daß er an verschiedenen Stellen weiter vorrückt, der ganze Bericht klingt aber nicht sehr zuversichtlich.

* Durch die Ermittelung eines Hanauer Kriminalwachtmeisters kam man in Frankfurt einer großen Salvarsanschiebung auf die Spur. Bei dem Dentisten Heinrich Staab hierselbst fand das Zollamt große Mengen Salvarsan. Staab wurde verhaftet.

* Der Oberste Rat hat beschlossen, dem polnischen Heere militärische Ausrüstungsgegenstände zu übermitteln und zwar hauptsächlich aus französischen Vorräten.

* Die Besserung im Befinden des Abg. Gröber hält an. Dagegen wird der Zustand des Abg. Haase, der sich gestern einer neuen Operation hatte unterziehen müssen, als nicht unbedenklich bezeichnet.

* Der Oberste Rat fordert von allen Ausschüssen der Kommission bis zum 23. Berichte darüber, welche Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages die Deutschen nicht erfüllt haben, um Maßnahmen zur Erzwingung ihrer Durchführung zu treffen.

Bernstorff über Wilsons Vermittelungsversuch.

Oeffentliche Sitzung des Untersuchungsausschusses.

Der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der über die Vorgänge vor und während des Krieges Aufklärung herbeiführen soll, ist gestern vormittag im Reichstagsgebäude zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Unter den Anwesenden befanden sich der frühere Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, der frühere Stellvertreter des Reichskanzlers, Dr. Helfferich, und der frühere deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff.

Der Vorsitzende, Abg. Landgerichtsdirektor Warmuth, eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er die Aufgabe des Ausschusses formulierte. Danach erhielt der Abg. Sinzheimer sein Referat, in dem er u. a. ausführte: In Erfüllung der Aufgaben des Ausschusses ist der Gegenstand der Beratung zunächst die sogenannte Friedensaktion Wilsons, wovon dem Ausschuß großes Material geheimer Akten des Auswärtigen Amtes zur Verfügung gestanden hat. Die Akten des Admiralstabes, des Kriegsministeriums und des Generalstabes werden im späteren Stadium der Verhandlungen herangezogen werden. Es wird eine der Hauptfragen sein, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, in welchem Verhältnis diese Friedensaktion vom 12. Dezember mit der von uns angeregten und auch von Wilson in Aussicht gestellten Friedensaktion steht. Das Wesentliche an dem Vermittelungsangebot Wilsons war die Bitte, die konkreten Friedensbedingungen mitzuteilen. Die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann enthielt jedoch keinerlei Andeutung darüber. Gleichzeitig teilte eine neutrale Macht mit, daß ein Friedensappell Wilsons in Aussicht stehe, der äußerst ernst zu nehmen sei. Dieser amtliche Schritt der neutralen Macht war bereits am 18. Dezember in Berlin bekannt. Am 26. Dezember erfolgte die Antwort des Staatssekretärs Zimmermann, die dahin ging, daß er auf die Forderung, konkrete Friedensbedingungen anzugeben, nicht eingehe. Es wäre hier amtlich festzustellen sein, welche konkreten Friedensbedingungen unserer Friedensaktion vom 12. Dezember zugrunde gelegen haben. Präsident Wilson machte wieder den energischen Versuch, wenigstens vertraulich von der Reichsregierung die Friedensbedingungen nach Washington zu erhalten. Darauf wurde am 9. Januar rücksichtslos der U-Bootkrieg beschlossen.

Bernstorffs Bericht.

Nach dem Referat Sinzheimers führte Graf Bernstorff u. a. aus:

Wilson hat Anfangs August sofort nach Ausbruch des Krieges eine erste Friedensvermittlung versucht. Im September hat er einen zweiten Versuch machen lassen, der daran scheiterte, daß die Entente garnicht geantwortet hat. Als ich nach der „Lusitania"-Angelegenheit eine Audienz bei Wilson bekam, sagte er, wir sollten durch ein Nachgeben im U-Bootkrieg einen Appell an die Moral richten, da nur durch eine Verständigung, nicht mehr durch die Waffen, der Krieg endgültig entschieden werden kann. Würden wir den U-Bootkrieg aufgeben, so würde er auf Aufhebung der englischen Aushungerung dringen. Die englische Admiralität werde darauf eingehen und er hoffe, daß damit der Anfang gemacht sei für eine Friedensaktion im Sinne Deutschlands. Das war am 2. Juni 1915. Nach dem Eintritt Rumäniens in den Krieg habe Oberst House Bernstorff mitgeteilt, daß eine Vermittelung Wilsons jetzt unmöglich wäre, weil die Entente völlig siegesgewiß wäre und Wilson daher abweisen würde.

Nach ergänzenden Ausführungen des Vorsitzenden des Unterausschusses und des Referenten Sinzheimer zu den Mitteilungen Bernstorffs erklärte dieser auf eine Frage des Abgeordneten Rabenstein, daß das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember von der amerikanischen Regierung als eine Gefährdung der Friedensaktion aufgefaßt worden sei, weil es als Schwäche Deutschlands ausgelegt wurde. Das hat Oberst House mir im Auftrage des Präsidenten gesagt.

Zum Schluß führte Abgeordneter Dr. Sinzheimer aus: Ich stelle als Ergebnis der heutigen Sitzung fest: Haben Sie Ihre Aktion in dem Sinne aufgefaßt, daß Sie dem Präsidenten Wilson, ohne daß Oberst House ermuntern oder beeinflussen sollte, eine Friedensaktion zu unserm Gunsten unterbreitet? Graf Bernstorff: Ja. (Bewegung.) Abg. Sinzheimer: War Wilson bereit, diesen Wünschen Rechnung zu tragen? Graf Bernstorff: Ja. Abg. Sinzheimer: War innerhalb dieses Rahmens, der Ihnen gesteckt war, Wilson bereit, auf eine Friedenskonferenz mit internationaler Grundlage einzugehen, auch ohne konkrete Friedensvorschläge unsererseits? Graf Bernstorff: Ja. (Bewegung.) Darauf wurde die Vernehmung auf Mittwoch vertagt.

* * *

Von bedeutendem Interesse ist das Geständnis des Grafen Bernstorff, daß das deutsche Friedensangebot in Amerika als ein Zeichen der Schwäche angesehen wurde. Herr Bernstorff hat seinen Parteifreunden damit keinen guten Dienst erwiesen, denn von deren Seite ist die Behauptung der rechtsstehenden Kreise, daß die Friedensangebote, besonders das erste, eine folgenschwere Wirkung ausüben würden, immer bestritten worden.

Zwei Programme

Zu gleicher Zeit hat der Parteitag der Deutschen Volkspartei des Reiches und der Deutschen Demokratischen Partei Bayerns stattgefunden. Es ist nicht uninteressant, einen Vergleich darüber anzustellen, wie diese beiden Mittelparteien, von denen die eine vorläufig den Anschluß nach links gefunden hat, während die andere der Oppositionsstellung der Deutschnationalen Volkspartei zuneigt, sich die wirtschaftspolitische Zukunft Deutschlands denken. Uebereinstimmung besteht bei beiden Parteien darüber, daß übereilte und unreife sozialistische Experimente ver-